



Niederschrift

Finanzausschuss

19. Wahlperiode - 71. Sitzung

am Donnerstag, dem 27. Februar 2020, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Stefan Weber (SPD)	Vorsitzender
Hans-Jörn Arp (CDU)	i. V. d. Abg. Tobias Koch
Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)	
Volker Nielsen (CDU)	
Ole-Christopher Plambeck (CDU)	
Beate Raudies (SPD)	
Kai Vogel (SPD)	i. V. d. Abg. Birgit Herdejürgen
Joschka Knuth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. d. Abg. Lasse Petersdotter
Annabell Krämer (FDP)	
Jörg Nobis (AfD)	
Lars Harms (SSW)	

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Personalstruktur- und Personalmanagementbericht 2019 des Landes Schleswig-Holstein (Berichtsjahr 2018) Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1902	4
2.	Organisations- und Personalentwicklungsstrategie Umdruck 19/3434	4
3.	Nachwuchskräfte-Werbekampagne des Landes Umdruck 19/3435	4
4.	Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Landesverwaltung (s. Beratung über den IT-Gesamtplan, Umdruck 19/3354 , in der 67. Finanzausschusssitzung am 9. Januar 2020) hierzu: Umdruck 19/3612	7
5.	Schuldentilgungsplan für das Land Schleswig-Holstein: Generationengerechtigkeit leben Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1373	8
6.	Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrages zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/2023	9
7.	Information/Kenntnisnahme Umdruck 19/3544 - Unterhaltungsverpflichtungen an Binnenwasserstraßen Umdruck 19/3619 - Zensus 2021, Verwaltungsvereinbarung	10
8.	Verschiedenes	11

Der Vorsitzende, Abg. Weber, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, Umdruck 19/3613 (Wirtschaftsführung der Landwirtschaftskammer) im Sinne des § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten. Der Umdruck soll zusammen mit Umdruck 19/3560 (Landwirtschaftskammer) am 30. April 2020 beraten werden.

1. Personalstruktur- und Personalmanagementbericht 2019 des Landes Schleswig-Holstein (Berichtsjahr 2018)

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 19/1902](#)

(überwiesen am 24. Januar 2020 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)

2. Organisations- und Personalentwicklungsstrategie

[Umdruck 19/3434](#)

3. Nachwuchskräfte-Werbekampagne des Landes

[Umdruck 19/3435](#)

Herr Schrödter, Chef der Staatskanzlei, führt in die Organisations- und Personalentwicklungsstrategie (Umdruck 19/3434, insbesondere Seite 9) und die Nachwuchskräfte-Werbekampagne ein (Umdruck 19/3435, Recruiting-Filme, Instagram-Account des Landes, Wirkungsmessung).

Abg. Plambeck unterstützt die Anstrengungen des Landes zur Nachwuchskräftegewinnung.

Abg. Raudies weist auf die Werbemaßnahmen des Nachbarlandes Hamburg hin und wünscht sich eine gezielte Ansprache von potenziellen Nachwuchskräften in den unterschiedlichen Regionen des Landes (insbesondere Hamburger Rand) sowie eine gezielte Ansprache von Menschen mit Migrationshintergrund.

Herr Kliewe, Leiter des ressortübergreifenden Personalmarketings in der Staatskanzlei, antwortet, man versuche, im ganzen Land aufzutreten und Messen zu besuchen. Um mehr Menschen mit Migrationshintergrund für die schleswig-holsteinische Landesverwaltung zu gewinnen, arbeite man mit der Türkischen Gemeinde zusammen und richte Berufsorientierungskampagnen für junge Menschen mit Migrationshintergrund und eigene Messen zusammen mit der Türkischen Gemeinde und der Arbeitsagentur aus. - Herr Schrödter sagt zu, die Einladungen zu den Veranstaltungen auch den Abgeordneten zuzuleiten.

Auf weitere Fragen von Abg. Raudies antwortet Herr Sulimma, Leiter der Abteilung Zentrale Organisations- und Personalentwicklung in der Staatskanzlei, man wolle grundsätzlich an den Aufstiegsstrukturen festhalten und qualifizierten jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rahmen einer individuell gestalteten Personalentwicklung Perspektiven aufzeigen. Man überlege, einen Masterstudiengang Verwaltung an der Hochschule des Bundes einzukaufen sowie die Durchlässigkeit der Ämter innerhalb der vorhandenen Laufbahnen wie in anderen Bundesländern nach oben zu erweitern. Über die Ergebnisse dieser Überlegungen könne man Anfang 2021 berichten. Die Staatskanzlei habe eine eigene interne Organisationsberatung der Landesverwaltung mit 2,5 VZÄ aufgebaut, um die Organisationsentwicklung des Landes professioneller aufzustellen und sich von externer Beratung unabhängiger zu machen.

Sodann führt Staatssekretär Schrödter in den Personalstruktur- und Personalmanagementbericht (Drucksache 19/1902) ein.

Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, spricht das Thema Frauenförderung an, kritisiert, dass von 39 Abteilungsleitungen nur acht mit Frauen besetzt seien, und erkundigt sich nach dem „Lexikon für Führungskräfte“.

Frau Zogs, Leiterin des Zentralen Personalmanagements in der Staatskanzlei, teilt mit, das „Lexikon für Führungskräfte“ solle den Kolleginnen und Kollegen im ersten Halbjahr 2020 zur Verfügung stehen.

Abg. Raudies macht sich dafür stark, Führung grundsätzlich auch in Teilzeit zu ermöglichen.

Staatssekretär Schrödter äußert, beim Thema Frauen in Führungspositionen ziehe man an einem Strang. Das Coaching-Konzept werde man dem Ausschuss zuleiten.

Der Finanzausschuss nimmt Drucksache 19/1902 abschließend zur Kenntnis und die Umdrucke 19/3434 und 19/3435 zur Kenntnis.

4. Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Landesverwaltung

(s. Beratung über den IT-Gesamtplan, [Umdruck 19/3354](#), in der 67. Finanzausschusssitzung am 9. Januar 2020)
hierzu: [Umdruck 19/3612](#)

Abg. Dr. Dunckel vertritt die Auffassung, dass viele der aufgeführten durchaus sinnvollen Projekte nicht zu der vorgenommenen engen Definition von KI passten. Er wiederholt seine Kritik, dass Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Bundesländern, zum Beispiel Bayern oder Baden-Württemberg, viel zu wenig Mittel einsetze, um in Sachen KI national oder gar international mitspielen zu können, geschweige denn von einer Vorreiterrolle sprechen zu können. Es gehe darum, sich auf Schwerpunkte zu konzentrieren, zum Beispiel Gesundheit, und dafür renommierte Wissenschaftler zu gewinnen.

Abg. Plambeck begrüßt, dass sich Schleswig-Holstein als kleines und armes Bundesland dem Thema KI nähere und das Sondervermögen aufgestockt habe.

Staatssekretär Schrödter macht darauf aufmerksam, dass diese Landesregierung erstmals eine KI-Strategie aufgelegt habe, die man Schritt für Schritt mit finanziellen Mitteln untermauere. Man sei starkklar und könne konkrete Projekte zeitnah umsetzen.

Der Ausschuss nimmt Umdruck 19/3612 zur Kenntnis.

5. Schuldentilgungsplan für das Land Schleswig-Holstein: Generationengerechtigkeit leben

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/1373](#)

(überwiesen am 17. Mai 2019 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke [19/2874](#), [19/2916](#), [19/2951](#), [19/2952](#), [19/2959](#),
[19/2973](#), [19/2976](#), [19/2977](#), [19/2978](#), [19/2981](#),
[19/2982](#) (neu), [19/2983](#), [19/2984](#)

Die Beratung wird auf Wunsch der Koalitionsfraktionen vertagt.

6. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrages zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/2023](#)

Finanzministerin Heinold führt kurz in den Nachtragshaushalt ein.

Abg. Raudies fragt die Landesregierung, inwieweit der LKN zusätzliche Mittel für den Küstenschutz 2020 tatsächlich verbauen könne.

Abg. Harms fragt, für welche konkreten Projekte die zusätzlichen Mittel für den Küstenschutz vorgesehen seien, wann die Projekte begonnen würden und ob das sinnvolle Landesprogramm Einbruchschutz über das Jahr 2020 hinaus weitergeführt werde.

Ministerin Heinold entgegnet, bei dem Landesprogramm Einbruchschutz handele es sich um ein freiwilliges Programm, über dessen Aufnahme in den Landeshaushalt die Landesregierung jedes Jahr neu entscheide.

Über den Nachtragshaushalt soll in der nächsten Sitzung, am 12. März 2020, beraten und beschlossen werden.

7. Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 19/3544](#) - Unterhaltungsverpflichtungen an Binnenwasserstraßen

[Umdruck 19/3619](#) - Zensus 2021, Verwaltungsvereinbarung

Der Ausschuss nimmt 19/3619 zur Kenntnis. Umdruck 19/3544 - Unterhaltungsverpflichtungen des Bundes an Binnenwasserstraßen - soll in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Wirtschaftsausschuss und dem Wirtschaftsministerium beraten werden.

8. Verschiedenes

Im Anschluss an die Finanzausschusssitzung tagt der Beteiligungsausschuss. Die nächste Sitzung des Finanzausschusses findet am 12. März 2020 statt.

Der Vorsitzende, Abg. Weber, schließt die Sitzung um 11:35 Uhr.

gez. Stefan Weber
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer